Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

50 (29.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 50 — **Montag, den 29. Februar 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichsfinanzminister hat die Verhandlungen mit den Vertretern der Gastwirte in Berlin abgebrochen. Die beabsichtigte Senkung der Biersteuer wird unterbleiben, wenn die beteiligten Organisationen den Bierstreik nicht beenden.

*

Finanzminister Dr. Dietrich sprach bei einer Kundgebung der Staatspartei zur Reichspräsidentenwahl für die Wahl Hindenburgs.

*

Der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten in Preußen hat erneut den Grundsatz aufgestellt, daß das offene Bekenntnis eines Staatsbeamten zur NSDAP. ein Dienstvergehen ist.

*

Botschafter von Hösch hatte eine einstündige Unterredung mit Tardieu, in der alle die deutsch-französischen Beziehungen berührenden Probleme besprochen wurden.

*

In Genf fanden die Wahlen der Präsidenten der technischen Kommissionen der Abrüstungskonferenz statt. Henderson hat jetzt die drei wichtigsten Aemter in seiner Hand vereinigt.

*

In Memel hat Gouverneur Merkys den Rektor der litauischen Grundschule in Memel, Simmat, zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. Simmat bekennt sich als Litauer.

*

In Bluefield (West-Virginia) ereignete sich in einer Kohlengrube eine Explosion, 30 Bergleute werden vermißt.

*

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Gördeler, hat die von den Berliner Bäckern beschlossene Brotpreiserhöhung unter Androhung von Geldstrafe und Schließung des Betriebes untersagt. Die Bäcker kündigen gegen diese Maßnahme Massenproteste an.

*

Der für die Präsidentschaftswahlen gebildete „Kampfblock Schwarzweißrot" veranstaltete am Sonntag in Barmen, Elberfeld und Düsseldorf öffentliche Kundgebungen. In Düsseldorf hielt Kandidat Düsterberg eine große Wahlrede.

*

In Großhamburg und zum Teil auch im Reich ist die Fortsetzung des Bierstreiks beschlossen worden.

*

In der Reichsausschußsitzung der Deutschen Volkspartei kam die einmütige Mißbilligung des eigenmächtigen Vorgehens der Parteileitung des Wahlkreises Westfalen-Süd zum Ausdruck. Die D.V.P. stehe nach wie vor geschlossen da.

*

Adolf Hitler erläuterte am Sonntag vor der ausländischen Presse seinen Brief an den Reichspräsidenten und betonte, daß ein Sieg seiner Person und seiner Partei auf die Außenpolitik nicht ungünstig einwirken, sondern das Gegenteil bewirken würde.

*

Auf einer Wahlversammlung für die Kandidatur Düsterberg in Halle erklärte Abg. Schmidt-Hannover, die Bündnisgemeinschaft mit dem Stahlhelm sei nicht nur für die Reichspräsidentenwahl, sondern auch für die kommenden Parlamentswahlen beschlossen worden.

*

Die Kampflage von Schanghai ist noch immer unverändert. Die von den Japanern gemeldete Eroberung von Kiangwan entspricht nicht den Tatsachen. Amerika hat den Chinesen 60 schwere Bombenflugzeuge geliefert. Die chinesischen Militärbehörden sind in großer Besorgnis wegen der weiteren Versorgung ihrer Truppen mit Kriegsmaterial.

*

Sowjetrußland hat sich mit den japanischen Truppenbeförderungen auf der chinesischen Ostbahn einverstanden erklärt.

Ministerpräsident Braun über die Handhabung der Pressenotverordnung

T.U. **Berlin**, 27. Febr. Ministerpräsident Braun führte auf der Konferenz im preußischen Innenministerium u. a. zur Pressenotverordnung aus, er stehe auf dem Standpunkt, daß es weniger auf Zeitungsverbote ankomme, als darauf auch in der Presse der radikalen Parteien der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb müßten die Verwaltungsbehörden vom Recht der Notverordnung, in den gegnerischen Zeitungen Erwiderungen und Richtigstellungen gegenüber verleumderischen Anariffen zu bringen, ausdrücklich Gebrauch machen. Die Gesetze böten Handhaben genug, um Verleumdungen und Verhetzung zu unterbinden.

Eröffnung des Wahlkampfes

Ein deutscher Frauenausschuß für Wahl Hindenburgs

T.U. **Berlin**, 27. Febr. Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit, daß sich ein deutscher Frauen-Ausschuß gebildet hat, der mit folgendem Aufruf an die Oeffentlichkeit tritt:

„Das deutsche Volk wählt am 13. März seinen Reichspräsidenten. Deutsche Frau! Deutsche Mutter! Wem willst Du dieses höchste Amt anvertrauen? Dem deutschen Mann, der deutsches Land im Osten vor dem Einbruch der Feinde rettete, dem Mann, der die Treue und das Pflichtbewußtsein des alten Deutschland in den neuen Staat hineintrug, dem Manne, der sieben Jahre lang als Treuhänder des ganzen deutschen Volkes mit überlegener Einsicht, mit der Kraft eines stetigen Willens und mit verantwortungsbewußter Entschlußfähigkeit geführt hat, dem Manne, dessen Lauterkeit, Ritterlichkeit und tiefbegründetes Gottvertrauen als Vorbild vor jeder deutschen Seele steht, dem Manne, der sein ganzes Leben dem Wohle des Vaterlandes geweiht hat: Hindenburg! Ihm zollst Du Verehrung, ihm schenkst Du Vertrauen, ihm gilt Deine Stimme!"

Unter den Unterschriften bemerkt man folgende Namen: Minna Amann, Frau M. Bail, Frau Brugger, Charlotte Haun, Maria Hellersberg, Frau Hoetzsch, Frau Anna Kapler, Katharina Müller, Margarete Schückert, Gräfin von der Schulenburg, Margarete Wolff, Mathilde Wolff, Dr. Agnes von Zahn-Harnack.

*

Wahlkundgebung der N. S. D. A. P. im Sportpalast

T.U. **Berlin**, 27. Febr. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eröffnete ihren Wahlkampf am Samstag abend in Berlin mit zwei Massenversammlungen, an denen zusammen 25 000 Personen teilnahmen. Es sprachen der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels und der Präsidentschaftskandidat Hitler. Die Versammlungen im Sportpalast wurde schon lange vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen. Tausende mußten umkehren. Ein großes Polizeiaufgebot führte eine starke Absperrung der näheren Umgebung durch. Vom Sportpalast aus wurden die Reden in eine zweite Massenversammlung in den Tennishallen im Westen Berlins und zwar durch ein Kabel, dessen Anzapfung, rechtzeitig bemerkt worden ist, übertragen.

Es sprach zunächst Dr. Goebbels, der von stürmischem Beifall empfangen wurde und die Folgerungen kennzeichnete, die sich aus der politischen Lage für die Haltung der Partei ergeben.

Die Rede Hitlers

T.U. **Berlin**, 28. Febr. Auf der Wahlkampf-Kundgebung der N.S.D.A.P. sprach nach Dr. Goebbels auch Adolf Hitler. Als Hitler kurz nach 22½ Uhr den Sportpalast betrat, setzten tosende Beifallskundgebungen ein. Die Menge erhob sich unter Heilrufen, die Fahnen und Standarten senkten sich. Hitler führte u. a. aus: Wenn die Gegner erklärten, daß ich jetzt vielleicht Gefahr liefe, zum ersten Mal wirklich besiegt zu werden, so sage ich: Wer mutig und entschlossen kämpft, wer gewillt und bereit ist, sich einzusetzen, kann überhaupt nicht besiegt werden!

Hitler schilderte dann den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung gegen die Kriegsschuldlüge, Erfüllungspolitik, Inflation, Dawespakt und Youngvertrag. Wenn es heute in Deutschland die e i n e Ueberzeugung gibt, daß diese Verträge unmöglich waren, daß sie am Ende sogar den Ruin der Welt mit sich bringen, so nur, weil wir in ungezählten Kundgebungen das Volk darüber belehrt haben. Am Ende dieser 13jährigen Politik steht ein Trümmerhaufen vor unseren Augen. Jetzt auf einmal wissen auch die Gegner, daß es in Deutschland doch noch so etwas wie einen notwendigen Emporstieg geben könnte. Wann ist je ein großes Volk so mißhandelt, gequält und verächtlich gemacht worden? Wir verloren zugleich im Innern das Vertrauen, das gläubige Vertrauen zur wirklichen Autorität der Staatsführung, das wir früher besessen hatten. 1919 hatten wir noch 35 000 Spartakisten, heute vielleicht 6 oder 7 Millionen. Und trotzdem sagt man: „Nur so weiter, damit das deutsche Volk einig wird." Nur so weiter! Und in weiteren sieben Jahren wird unser Volk überhaupt kein Volk mehr sein, sondern nur noch eine Zusammenstellung von zwei Klassen.

Es ist ein schönes Tun zu sagen: Ich bin der Wahrer der Verfassung. Aber der deutsche Reichspräsident muß mehr, er muß auch der Wahrer des deutschen Volkes sein! Eine Verfassung hat ja nur den einen Sinn, das Volk einer glücklichen und großen Zukunft entgegenzuführen. Wer da glaubt, uns durch Drohungen mürbe zu machen, der täuscht sich! Sie können ruhig mit der Hundepeitsche drohen — wir werden sehen, ob am Ende dieses Kampfes die Peitsche sich noch in ihren Händen befindet (stürmischer Beifall). Wir haben einst dem Generalfeldmarschall des Weltkrieges gehorsam als dem obersten Kriegsherrn gedient und haben ihn verehrt. Wir wollen, daß sein Name dem deutschen Volke als der Name des Führers des großen Ringens erhalten bleibt. Weil wir das aber wollen und wünschen, sehen wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen: „Alter Mann, Du bist uns zu verehrungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß sich hinter Dich diejenigen stellen, die wir vernichten wollen! So leid es uns daher tut, Du mußt zur Seite treten; denn die anderen wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch." Ich glaube, daß der 13. März diesen Kampf zum mindesten in der ersten Etappe mit dem Siege derjenigen abschließen wird, die durch Kampf und Opfer, durch Einsatz und Beharrlichkeit, durch Glauben und Idealismus, den Sieg verdienen.

Hitlers Rede wurde zum Schluß mit besonders lang anhaltenden und stürmischen Heilrufen aufgenommen, die sich erst legten, als er zusammen mit Goebbels und anderen Führern den Saal verlassen hatte.

*

Ein Brief Adolf Hitlers an den Reichspräsidenten

T.U **Berlin**, 28. Febr. Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, hat am Sonntag ein längeres Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet. Hitler erklärt darin; als Führer der großen Nationalsozialistischen Partei gezwungen zu sein, die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten auf gewisse Vorkommnisse hinlenken zu müssen. Das Schreiben fährt dann fort:

„1. Die Sozialdemokratische Partei, die Sie, Herr Reichspräsident, in ihrem Parteiaufruf vom 27. Februar für ihre Wähler als Kandidat aufstellt, schreibt in ihrem Wahlaufruf folgendes: „Hitler statt Hindenburg — das bedeutet Chaos in Deutschland und ganz Europa .... Höchste Gefahr und blutige Auseinandersetzung im eigenen Volk und mit dem Ausland." Herr Reichspräsident, ich verweise den Versuch, mit diesen Methoden das Ausland gegen die freie politische Meinungsentscheidung der deutschen Nation unter Bezugnahme auf Ihren Namen mobil machen zu wollen, entrüstet zurück. Ich habe in meinen Aeußerungen Ausländern gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung von wahrhafter und aufrichtiger Friedensliebe beseelt gewesen ist.

Versuche, eine unbequeme deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhestifterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Hereinbeziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise zurückzuweisen wissen. Für die Dauer des Wahlkampfes sollen meine Erklärungen der Welt, wenn erforderlich, genau so zur Kenntnis kommen wie die Erklärungen des heutigen Systems.

2. In demselben Aufruf, der Sie, Herr Reichspräsident, als Kandidat präsentierenden Sozialdemokratischen Partei findet sich folgende Stelle: „Hitler statt Hindenburg — das bedeutet Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse ...." Hitler erklärt demgegenüber, daß durch diesen Satz versucht werde, insbesondere dem Ausland vorzutäuschen, Deutschland befände sich im Zustand irgendeiner demokratischen freien Verfassung. Seit Jahren könne von Pressefreiheit in Deutschland überhaupt nicht die Rede sein. Und gerade in diesen Tagen des Wahlkampfes werde die verfassungsmäßig garantierte Wahlfreiheit und Freiheit der Propaganda auf das Schonungsloseste unterdrückt. Sofort bei Beginn des Wahlkampfes sei ein Teil seiner, Hitlers, Presse teils beschlagnahmt, teils verboten worden. Der Artikel der Verfassung, der die Wahlfreiheit garantiere, könne aber auch mit dem Artikel 48 nicht außer Kraft gesetzt werden. Hitler bezeichnet diese Vorkommnisse als blasse und durch nichts zu beschönigende Verfassungsbrüche.

3. Hitler weist dann auf die Ansprache des preußischen Innenministers Severing an die preußischen Ober- und Regierungspräsidenten und höheren Beamten hin, in der Severing laut Pressenachrichten die Nationalsozialistische Partei als staatsfeindlich hingestellt habe. Es ist also möglich, daß unter Ihrer Präsidentschaft, Herr Generalfeldmarschall, der Herr Reichsinnenminister Groener die Auffassung vertritt, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei nicht staatsfeindlich und der preußische Innenminister Severing dagegen, in dessen Hand die Mittel der praktischen Executivgewalt liegen, die Auffassung verbreitet, sie sei staatsfeindlich. Ich sehe in dem Vorgehen des preußischen Inenministers Severing einen unzulässigen Druck auf die preußische Verwaltung, ihren Einfluß bei der Wahl in einem für uns ungünstigen Sinne geltend zu machen."

4. Hitler erinnert darauf an den Wunsch des Reichspräsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werden soll. In diesem Zusammenhang lenkt er die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten auf zwei Vorgänge:

a) auf die amtliche Erklärung des Reichsministers Groener im Reichstag in Antwort auf die Ausführungen des Abg. Goebbels, in der Goebbels eine sinnentstellende Aeußerung zugeschrieben werde, die nach dem amtlichen Protokoll der Reichstagssitzung nicht gefallen sei. Trotz erfolgter Aufklärung habe Reichsinnenminister Groener seinen schweren Vorwurf nicht zurückgenommen, im Gegenteil sei die N.S.D.A.P. durch Notverordnung gezwungen gewesen, die vom Innenministerium verbreitete Wiedergabe dieser Stelle in der nationalsozialistischen Presse zum Abdruck zu bringen. Hitler fragt den Reichspräsidenten, ob ein solches Verfahren ritterlich sei.

b) Hitler macht hier den Reichspräsidenten auf das vom Polizeipräsidenten von Berlin, Grzesinski, ausgesprochene Verbot des „Angriff" für die halbe Zeit des Wahlkampfes aufmerksam. In der Begründung des Verbots, in der auf die schon seit Tagen unbeanstandet plakatierte Versammlung des Abg. Rosenberg Bezug genommen wurde, habe Grzesinski auf die moralische Notwendigkeit eines Ehrenschutzes der Kandidatur des Reichspräsidenten hingewiesen. Diese Maßnahme erklärt Hitler als nicht nur ungesetzlich und verfassungswidrig, sondern auch als im strikten Widerspruch stehend zu der vom Reichspräsidenten gewünschten Ritterlichkeit des Wahlkampfes. Hitler fragt den Reichspräsidenten, ob es ritterlich sei, die nationalsozialistische Presse unter solchen Vorwänden von einem Manne verbieten zu lassen, der die Ehre des Gegenkandidaten Hindenburg auf das denkbar Schwerste angegriffen habe und der in einer öffentlichen Rede sein Erstaunen darüber ausgedrückt habe, daß er, Hitler, noch nicht mit der „Hundepeitsche" aus Deutschland hinausgejagt worden sei. Grzesinski habe außerdem behauptet, er, Hitler, sei einst österreichischer Deserteur gewesen. Gegenüber dieser letzten Behauptung legt Hitler dem Schreiben die Abschrift seiner Militärpapiere bei, aus denen hervorgeht, daß er 1914 keine Militärdienstverpflichtungen in Oesterreich gehabt habe und freiwillig in das deutsche Heer eingetreten sei. Hitler fährt fort: Welches Vertrauen, Herr Reichspräsident, können wir zu Behörden haben, deren Repräsentanten sich solcher Kampfmittel bedienen? Und wie müssen wir es dann empfinden, wenn diese Männer, die in amtlichen Verbotsbegründungen gegen uns erklären: „es gäbe genügend Methoden, mit denen für ein politisches Ziel geworben werden könne, ohne daß man einen politischen Gegner beschimpfe" als „Hüter der Moral" die Freiheit unserer Propaganda unterdrücken?

„Herr Generalfeldmarschall", so schließt der Brief, „halten Sie es Ihres Namens für würdig, sich selbst als Präsidentschaftskandidat durch ein Gestrüpp von Notverordnungen und Gesetzesparagraphen in Ihrer persönlichen Ehre schützen zu lassen, Ihren Gegenkandidaten aber als Freiwild der parteipolitischen Lüge und Verleumdung preiszugeben? Was gedenken Sie, Herr Reichspräsident zu tun, um in diesem Kampf, der auch um Ihre Person geht, die Prinzipien der Ritterlichkeit wiederherzustellen?"

*

Düsterberg spricht in Köln

T.U. **Köln**, 27. Febr. Am Samstag abend fand hier eine große Kundgebung des Wahlblocks Schwarzweißrot zu den Präsidentschaftswahlen statt, in der der Kandidat des Blocks, Oberstleutnant Düsterberg, sprach. Er führte u. a. aus, der Ablauf der Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg stelle das ganze deutsche Volk vor eine schwere Entscheidung. Vom Standpunkt des amtierenden Reichskanzlers aus, aber auch von dem der politischen Nutznießer des heutigen System, war es begreiflich, daß man in dem Reichspräsidenten die Auffassung zu erzeugen und zu stärken versuchte, sein weiteres Verbleiben im Amte womöglich durch einen parlamentarischen Akt sei das Beste für Deutschland. Es rächt sich, daß man entgegen ihrer demokratischen Auffassung, die doch die Grundlage des heutigen Systems darstellt, nach den Septemberwahlen 1930 nicht die danach gebliebenen politischen Folgerungen gezogen hat. Die aus diesem inneren Widerspruch erwachsende Unsicherheit in der heutigen Reichsregierung trat ganz besonders in der Art der Behandlung der Vorbereitungen der Reichspräsidentenwahl in die Erscheinung. Der parteimäßige Wille, die nationale Opposition, statt sie bewußt und wirksam in die Außenpolitik einzuschalten, auseinanderzumanövrieren, trat sichtbar zu Tage. Diejenigen, die uns heute Mangel an Soldatentreue vorzuwerfen wagen, darunter Männer, die im November 1918 die im Fahneneid gelobte Treue sehr leicht nahmen, sollten sich mehr Zurückhaltung auferlegen. Düsterberg gab dann einen Ueberblick über den Leidensweg, den Deutschland in den letzten dreizehn Jahren habe gehen müssen. Scharf kritisierte er, daß nicht wenigstens die geistige Macht des nationalen Gedankens in diesen Jahren gestärkt worden sei. Der Youngplan sei die bitterste Enttäuschung gewesen. Das endgültige Nein nach 13 Jahren Erfüllungspolitik hätte schon längst geboren werden müssen. — Zur Innenpolitik führte der Redner aus, das Versagen des Parteibuchbeamten sei offensichtlich. Nur das Leistungsprinzip könne der Grundsatz eines gesunden Beamtentums sein und müsse es wieder werden. Eine zentralistische Gliederung des Reiches lehnte der Redner ab. „Zurück aufs Land, müsse die Parole der kommenden Zeit sein. Die Eingliederung der deutschen Arbeiterschaft in den Staat sei zwar auf dem Papier vollzogen. Die seelische Befreiung vom Proletarier dagegen sei aber nicht erreicht worden. Düsterberg forderte weiter eine geistig, seelisch und körperlich ertüchtigte Jugend und ihre Erziehung in einem Arbeitsdienstjahr. Nur das Volk sei verloren, das sich selbst verloren gibt. Deutschland könne nur gerettet werden, wenn es sich selbst rette.

*

Reichsfinanzminister Dietrich im Wahlkampf

T.U. **Berlin**, 28. Febr. Die Deutsche Staatspartei eröffnete am Sonntag im Berliner Konzerthaus „Clou" mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dietrich den Wahlkampf. Er bezeichnete Hindenburg als den hervorragendsten Deutschen und allein befähigten Mann zur Bekleidung des höchsten Amtes. Die Opposition fordere ihn auf, seinen Platz zu räumen, nicht weil er die Verfassung beschworen, sondern weil er sie auch gehalten habe. Eine kommende Rechtsdiktatur würde in einer Linksdiktatur enden; beide seien für das deutsche Volk nicht tragbar. Die jetzige Krise sei noch die Auswirkung des verlorenen Krieges; seine innere Liquidierung belaste, abgesehen von den Tributleistungen, den Haushalt des Staates mit den Aufwendungen für die Kriegsopfer am meisten. Dazu träten ungeheure Summen für soziale Versicherungen und die Aufwendungen für die Arbeitslosen. Der Youngplan, der ja auf einem von dem früheren Reichsbankpräsidenten Schacht abgegebenen Gutachten aufgebaut sei, habe die Befreiung des Rheinlandes gebracht. Stünden heute noch Truppen auf deutschem Boden, wären die Folgen in der jetzigen Lage unabsehbar, ja sogar gefährdend für den Bestand des Reiches. Die innere Wirtschaft sei aufgebaut mit großen Krediten des Auslandes. Wenn damit auch etwas verschwenderisch umgegangen worden sei, so habe man doch mit dem Hauptteil dieser Kredite einmal Reparationen bezahlt und zum anderen die durch Krieg, Revolution und Inflation zerstörte Wirtschaft wieder hergestellt. Die Krise sei gekommen in dem Augenblick, als die Anleihen aufhörten, zu fließen, und der Ertrag der eigenen Wirtschaft für den Lebensbedarf noch nicht ganz ausreichte. Schuld hätten auch die Gegner, die sich gegen deutsche Absatzerzeugnisse absperrten, die es allein in die Lage versetzten, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Eine klare Stellungnahme der Nationalsozialisten im Reichstag zu verschiedenen außen- und innerpolitischen Fragen hätte sie eine Menge Wähler gekostet. Sie seien ihr deshalb, wie immer bei solchen Gelegenheiten, ausgewichen. Während die Männer des heutigen Systems dreizehn Jahre lang Aufbauarbeit am Staate leisteten, hätten die Gegner um die Macht im Staate gekämpft.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Bruch in der Deutschen Volkspartei?

In dem Kampf um das Kabinett Brüning hat naturgemäß die Haltung der Deutschen Volkspartei besondere Beachtung gefunden. Diese Fraktion, die für die Wiederwahl Hindenburgs ist, aber gleichzeitig in der Opposition gegen das Kabinett Brüning steht, hat nicht nur Fraktionszwang, sondern sogar Anwesenheitszwang beschlossen. **Die Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff haben sich dem Fraktionszwang zur Stimmabgabe gegen Brüning bewußt entzogen.** Sie sind damit aus der Fraktion der Deutschen Volkspartei ausgeschieden. Wie ihr Verhältnis zur Partei sich gestaltet, soll in einer Hauptvorstandssitzung entschieden werden. Zunächst nahm man im allgemeinen an, daß Curtius sein Reichstagsmandat niederlegen werde. In diesem Falle würde ihm der bisherige badische Finanzminister Mattes folgen. Heute teilt jedoch eine Berliner Zeitung angeblich auf Grund einer Mitteilung von Dr. Curtius selbst mit, daß er sein Mandat beibehalten werde, da er seinen badischen Wahlkreis in der Stellungnahme zu Brüning und seinem Kabinett hinter sich wisse. Zu den Unterzeichnern des volksparteilichen Mißtrauensantrages gegen das Kabinett Brüning gehört auch der in Württemberg gewählte Abgeordnete Dr. **Keinath**.

Curtius und von Kardorff aus der Fraktion der Deutschen Volkspartei ausgeschieden

Berlin, 27. Febr. Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Reichstagsfraktion der DVp. trat zu einer kurzen Sitzung zusammen. **Die Fraktion nahm davon Kenntnis, daß die Abgeordneten Dr. Curtius und v. Kardorff an der Abstimmung über den volksparteilichen Mißtrauensantrag nicht teilgenommen haben und dadurch gemäß dem Fraktionsbeschluß automatisch aus der Fraktion ausgeschieden sind.** Abg. **Glatzel** hat telegraphisch mitgeteilt, daß er von dem Fraktionsbeschluß auf Anwesenheitszwang Kenntnis genommen und seine Rückreise nach Berlin sofort angetreten habe. Die Fraktion beschloß in diesem Fall erst weitere Erklärungen abzuwarten und dann erst Beschluß zu fassen.

Die christlichen Gewerkschaften für Hindenburg

Berlin, 27. Febr. Der Vorstand des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Der 13. März ist für das deutsche Volk ein Tag der Entscheidung. Kräfte des Aufruhrs, Kräfte der sozialfeindlichen Reaktion wollen die Beseitigung des Volksstaates, Zerstörung der sozialen Entwicklung, Vernichtung der Gewerkschaften. Ein deutscher Mann steht diesem Zerstörungswillen entgegen. Hindenburg hat sich für das Volk entschieden. Er entschied aus dem Bewußtsein um das Lebensrecht aller Volksschichten und Stände. Die christliche Arbeiterschaft ehrt und liebt den Mann echt christlicher Pflichterfüllung und siegreicher Treue in Hindenburg, der in der Stunde der Gefahr jede parteipolitische Gebundenheit von sich wies, um in schlichter Treue der Rettung des Volkes zu dienen bis zum letzten Atemzuge. Jeder christliche Arbeiter wird mit allen Gleichgesinnten des Volkes am 13. März an der Wahlurne Hindenburg seinen Dank sagen.

Das Bündnis zwischen Deutschnationalen und Stahlhelm

T.U. **Halle** (Saale), 28. Febr. Auf einer deutschnationalen Tagung in Halle, die zugleich als Wahlversammlung für die Kandidatur Düsterberg diente, sprachen die Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover und Schiller-Ostpreußen. Der Abg. Schiller behandelte Agrar- und Ostfragen.

Abg. Schmidt-Hannover erklärte u. a.: Die Bündnisgemeinschaft mit dem Stahlhelm ist nicht nur für die Reichspräsidentenwahl, sondern auch für die kommenden Parlamentswahlen beschlossen worden. Die Deutschnationale Volkspartei setzt sich mit ihrem Propagandaapparat für die Wahl des deutschnationalen Stahlhelmführers Düsterberg ein. Der Stahlhelm unterstützt die deutschnationalen Listen bei den kommenden Parlamentswahlen, Die Führung der politischen Verhandlungen während des ganzen Ablaufs der Reichspräsidentenwahl liegt in den Händen Dr. Hugenbergs.

Der von Nationalsozialisten neuerdings leider ausgegebenen Parole, daß Harzburg zerbrochen sei, setzen wir das verstärkte Bekenntnis zu den Wünschen und Zielen der Harzburger Tagung entgegen. Die N.S.D.A.P. weiß, daß ohne und gegen die im schwarzweißroten Block vereinigten Kräfte der Sturz des gegenwärtig herrschenden Systems nicht durchführbar ist.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[43

„Welch sentimentales Lied! Männertreue, ein Kraut, das man nicht mehr kennt, ich —"

Die großen, dunklen Augen glühten auf in Schreck und Freude. Die Fürstin hatte Dietrich von Rheinsbergh erkannt. Nun wußte sie nicht, wie sie sich verhalten sollte. Es war doch immerhin möglich — nein, es war geradezu selbstverständlich, daß Elme von Dörring ihrem Verlobten bereits die bittersten Vorwürfe gemacht hatte.

Unschlüssig blieb sie stehen; doch dann lächelte sie und schritt durch den Saal auf den Tisch zu, an dem Frau von Löwenried saß. Die alte Dame wußte nicht, was sie sagen, was sie denken sollte. Ruhig und freundlich begrüßte Dietrich die schöne Frau, so, wie man eben Bekannte begrüßt, die man nach längerer Zeit wieder sieht.

Elme aber dachte:

„Wie gut sie alle beide sich verstellen können!"

Aber als die Hand der Fürstin sich ihr entgegenstreckte, da sagte auch sie ganz ruhig einige höfliche Worte, und dabei dachte sie:

„Wir tragen ja alle eine Maske!"

Der Blick der Fürstin traf mit leidenschaftlichem Begehren in denjenigen Rheinsberghs.

Kühl und gleichgültig blieb der seine.

Die weißen Hände der Fürstin zitterten, und mühsam zwang sie sich, ein paar Worte mit ihm zu wechseln.

Elme aber sah mit geheimem Schaudern auf diese Frau, die ihr gegenübersaß und durch ihr Dasein hier verleugnete, welch grausame Worte sie ihr gesagt. Worte, die ein himmelstürmendes Glück vernichtet hatten.

Mit seinem leicht nach vorn geneigten Gang kam der Ungar auf die Gesellschaft zu.

„Graf Sekzöny — Herr von Rheinsbergh!"

„Sehr erfreut!"

Dietrich von Rheinsbergh verneigte sich halb.

Sekzöny aber blickte, wie aus allen Himmel gerissen, auf den hochgewachsenen Mann. Was sollte denn das heißen? Jetzt, wo er sich am Ziel seiner Wünsche glaubte?

Aufklärung heischend, ging sein Blick zur Fürstin hin. Diese wies diesen Blick mit einem Achselzucken von sich. Und der Ungar wurde immer unsicherer.

Schließlich nahm er Platz, aber die Situation war blöd, stellte er bei sich fest, und der Anblick des hochgewachsenen Mannes, der der Verlobte des heiß begehrten Mädchens war, wirkte nicht beruhigend. Dessen Augen musterten ihn entschieden drohend, und dabei war doch auch wieder Spott darin.

Es ergab sich auch ganz von selbst, daß die beiden Herren plötzlich in ein isoliertes Gespräch vertieft waren. Und nach ein paar höflichen Worten sagte Dietrich von Rheinsbergh:

„Sie hatten die Güte, meiner Braut Blumen zu schicken. Wirklich, wie gesagt, zu viel Güte. Und verschwendet war sie obendrein. Meine Braut ist nicht gewöhnt, von fremden Herren Blumen anzunehmen, sie stehen noch alle im Vorzimmer. Vielleicht haben Sie noch anderweitig Verwendung dafür? Ich stellte fest, daß es sehr teure Blumen sind."

„Herr von Rheinsbergh!"

„Herr Baron Sekzöny?"

„Ich hatte nicht die Absicht — ich — wir waren täglich zusammen. Ich habe auch anderen jungen Damen Blumen geschenkt."

„Das glaube ich Ihnen ja gern. Nur, ich habe kein Verständnis dafür, wenn ein Fremder meiner Braut Blumen schickt."

„Ich — hatte es gut gemeint."

„Sehr richtig! Es ist direkt rührend, daß sie sich gleich so intensiv um eine Braut kümmern, die zufällig einige Wochen ohne den Schutz ihres Verlobten ist", sagte Rheinsbergh, und er lächelte noch immer liebenswürdig.

„Ich bitte um Entschuldigung", sagte der Baron, denn er wußte jetzt schon seit geraumer Zeit, womit das Gespräch enden würde, wenn er sich nicht zu dieser Entschuldigung bequemte.

Mit verächtlichem Ausdruck in den stolzen, dunklen Augen streifte Rheinsbergh den Frauenjäger. Dieser war genau das, als was Rheinsbergh ihn beim ersten Sehen eingeschätzt: Unternehmungslustig und hinterlistig. Und feig im Augenblick, wenn es galt, der Gefahr die Stirn zu bieten.

Ohne noch ein weiteres Wort mit dem Ungar zu wechseln, wandte Rheinsbergh sich an James Rondell.

„Ich bin der bestimmten Ueberzeugung, daß ich heute als störendes Element in einen sonst sehr idyllischen Kreis geraten bin. Zum Beispiel: Bei diesem herrlichen Tanz sitzt man sonst bestimmt nicht. Ich werde also anfangen, dem Tanze zu huldigen und hoffe, daß es jetzt fröhlich wird."

Hanna klopfte ihm auf die Schulter.

„Ich danke dir, Dietrich. Soll ich dir einen Kuß geben? Ich saß wie auf Kohlen. Diese himmlische Musik und nicht tanzen! Das hätte ich auf die Dauer einfach nicht ausgehalten. Also, willst du den Kuß?"

„Bemühe dich nicht, Hanna. Spare dir diese Kostbarkeiten auf."

„Auch gut so. Uebrigens hast du vorhin Augen gemacht, daß ich um alles in der Welt nicht die arme Elme sein möchte. Es ist ja einfach furchtbar, wenn Zeus grollt."

„Ich grolle doch nicht? Es sind sehr nette Menschen hier, mit denen man sich bestimmt gut unterhalten könnte, wenn man mehr Zeit hätte und noch einige Wochen hierbleiben könnte."

„Meinst du?" fragte Hanna langgedehnt und sah ihn mißtrauisch an.

„Natürlich meine ich es so."

„Mir schien es eher so, als wolltest du dem Baron an die Gurgel fahren."

„Da müßte doch erst eine Ursache dazu vorhanden sein?"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg